

Tag der Aussenpolitik: Neue Sicht auf Europa gefordert

Von *Christoph Wehrli*

Nach dem einseitigen Abbruch ihrer Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU steht die Schweiz ohne positive europapolitische Perspektive da. Der Bundesrat will die Beziehungen mindestens «stabilisieren». Als nötig erachtet wird darüber hinaus aber eine Strategie – und auch eine neue Betrachtungsweise.

Am Tag der Aussenpolitik, den die SGA und foraus mit Unterstützung der Europa Forums Luzern am 19. Juni in Bern wie auch online abgehalten haben, stand Europa nicht explizit auf dem Programm. Das Thema war dennoch sehr präsent. Zum einen könnte die Schweiz in der China-Politik, die neben der Rolle des Finanzplatzes in der Klimafrage im Zentrum stand (s. separate Berichte), einen mutigeren, wertegeleiteten Kurs kaum im Alleingang verfolgen. Zum anderen wurde mit Spannung erwartet, was Staatssekretärin Livia Leu in ihrem Überblicksvortrag speziell über die Zukunft der Beziehungen zur EU sagen würde.

Die Präsidentin der SGA, Nationalrätin Christa Markwalder, kritisierte in ihrer Eröffnungsansprache das Abrücken von einem institutionellen Abkommen erneut als nicht nachvollziehbar und verantwortungslos. Der Bundesrat habe den Entwurf als nicht mehrheitsfähig qualifiziert, ohne Parlament und Volk sich dazu äussern zu lassen. Das «Forfait» wegen relativ geringer Differenzen könnte den Anfang vom Ende des bilateralen Wegs bedeuten. Ein Konzept oder eine Vision, die der starken Verflechtung des Landes entsprächen, seien nicht zu erkennen.

Livia Leu auf bekannten Pfaden

Livia Leu, Staatssekretärin im EDA, sprach zuerst von allgemeineren Aspekten der Aussenpolitik. Angesichts neuer Machtrivalitäten, der technologischen Entwicklung, des Klimawandels und der Pandemie könnte sich die Schweiz die Rolle der interessierten Zuschauerin nicht mehr leisten, sagte sie. Aussenpolitik sei wichtiger und zugleich anspruchsvoller geworden, dies besonders beim Umgang mit Zielkonflikten, also bei der Kohärenz. Bundesrat Ignazio Cassis habe daher sein Departement eine Gesamtstrategie sowie geografische und thematische Einzelstrategien ausarbeiten lassen. Im universellen Rahmen versteht sich die Schweiz nach wie vor als Brückenbauerin. Die Nachfrage nach Guten Diensten sei gross, hielt Leu fest und erwähnte nicht nur die Gastgeberrolle für das jüngste Gipfeltreffen zwischen Joe Biden und Wladimir Putin in Genf. Mandate zur diplomatischen Vertretung wie jenes der USA in Iran öffneten der Schweiz Türen zu hohen Entscheidungsträgern.

Hoffen auf Pragmatismus

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Verflechtung des Landes förderte der Bundesrat seit 15 Jahren eine Diversifikation der Märkte. Der Anteil der EU am schweizerischen Aussenhandel wurde zugunsten Asiens kleiner, bleibt aber weitaus am bedeutendsten, und Leu erwähnte zudem Tendenzen zur Regionalisierung oder zur Rückverlagerung der Produktion. Obschon die Schweiz wie kein anderes Land mit der EU verbunden ist, hat sie die Verhandlungen über einen Rahmen zur Weiterentwicklung der vertraglichen Beziehungen wegen «substanzieller Differenzen» abgebrochen. Leu rekapitulierte die Darstellung, wonach die Schweiz in einer früheren Phase wichtige Kompromisse eingegangen sei (bei Rechtsübernahme, Streitbeilegung und Kündigungsklausel), so dass am Schluss kaum mehr Spielraum für Konzessionen bestanden habe.

Nun sollen die Beziehungen stabilisiert und wenn möglich ausgebaut werden. Wie das geschehen soll, konnte die Staatssekretärin noch nicht konkreter angeben als der Bundesrat Ende Mai. Für den politischen Dialog über eine «gemeinsame Agenda» suche man noch den Gesprächspartner. Auf Fragen von Christa Markwalder verdeutlichte sie, dass sie sich Bewegung erhofft, wenn sich die

Mitgliedstaaten zur neuen Lage geäussert hätten. Diese hätten nämlich ihre pragmatischen Interessen vor Augen, wogegen die Kommission als «Hüterin der EU-Verträge» in den Verhandlungen, besonders bei der Personenfreizügigkeit, eine Härte zeigte, die als logisch oder als ideologisch betrachtet werden kann. Chancen sieht Leu am ehesten für die Forschungszusammenarbeit, sofern das Parlament die Kohäsionsmilliarde freigibt. Die Aufdatierung des Abkommens über technische Handelshemmnisse sei in diesem nicht ausdrücklich vorgesehen, doch gebe es nach Treu und Glauben eine gewisse Erwartung.

Ruf nach politischer Strategie

In kurzen Ausblicken machten zwei Engagierte klar, dass sie sich nicht mit der Verhinderung allzu grosser Rückschritte begnügen wollen. Beide bemängelten, dass es ausgerechnet für die Europapolitik noch kein bundesrätliches Strategiepapier gibt. Darius Farman, Vizepräsident von foraus, forderte statt der bisherigen «technischen» eine politische Debatte mit Blick auf übergeordnete Ziele wie Prosperität für alle. Die (von den Parteien eher gemiedene) EU-Politik müsse 2023 ein Wahlkampfthema sein. Zu Beginn der Tagung hatte Christa Markwalder von der notwendigen Demut gesprochen, mit der die Verflechtungen anzuerkennen seien. Jean-Daniel Gerber, Präsident der Europaplattform, regte an, sich auch Gedanken darüber zu machen, was die Schweiz zu Europa beiträgt und noch beitragen könnte. Sie sollte klarmachen, dass wir nicht nur Trittbrettfahrer sind. An das Aussendepartement richtete er den Wunsch, wieder einen regelmässigen Dialog mit der Zivilgesellschaft – nicht nur mit Interessenverbänden – zu pflegen.